

Krieg und Zeitenwende aus befreiungstheologischer Perspektive



Vortrag von Michael Ramminger (ITP)

Podium am 9. Juni 2023 aus Anlass des evangelischen Kirchentages in Nürnberg „Frieden gibt es nicht auf dem Weg der Sicherheit“ (D. Bonhoeffer) Wie der globale Süden den Krieg sieht und warum die Militarisierung der Politik keine Lösung ist. Mit Rita Segato (Argentinien), Sandiswa Lerato Kobe (Südafrika).

Der Begriff der Zeitenwende ist der große ideologische und politische Schirm, unter dem sich die Reaktionen auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine hier bei uns zusammenfassen lassen. Der Begriff Zeitenwende ist allerdings nicht selbsterklärend. In Deutschland wird er manchmal im Zusammenhang des Datums 1918 und der Weimarer Republik benutzt. Aber ursprünglich bezeichnete er den Beginn der christlichen Zeitrechnung.

Das verweist mich auf die Frage, ob aus meiner christlichen, befreiungstheologischen Perspektive zu Recht von einer Zeitenwende geredet werden kann, und welche Rolle der Krieg in der Ukraine und die Beteiligung Deutschlands daran spielt. Ich werde also nicht von Religion und Krieg insgesamt sprechen. Ich werde auch nicht von der Rolle der nationalistischen russischen orthodoxen Kirche in diesem Krieg sprechen, auch nicht von der millenaristischen Einstellung des Großerbischof Swjatoslaw Schewtschuk der ukrainisch griechisch-katholischen Kirche, der vor einem Jahr sagte: „Wir sehen heute, dass der Erzengel Michael zusammen mit der ganzen himmlischen Heerschar für die Ukraine kämpft. So viele Menschen aus der ganzen Ukraine wenden sich an mich und sagen, dass sie leuchtende Engel über dem Land der Ukraine gesehen haben.“ Ich werde vom Begriff der Zeitenwende reden, wie er von unseren PolitikerInnen benutzt wird.

Von welcher Zeitenwende also reden wir?

Schon drei Tage nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz den Überfall als eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents bezeichnet. Im Juni des gleichen Jahres sprach der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil ebenfalls von einer Zeitenwende. Natürlich haben wir alle in den letzten Jahren – auch in der Zeit der Pandemie

schon – das Gefühl gehabt, dass sich historisch und politisch Dinge verändern. Aber was genau? Und was bedeutet „Wende“?

Für Olaf Scholz ist klar: Die Zeitenwende besteht darin, dass die Welt durch den Krieg vor die Frage gestellt ist, ob Macht das Recht brechen dürfe. Für Klingbeil ist eine *Friedensordnung* zerbrochen, die uns harte Zeiten, Opfer abfordert, eine neue Normalität im Umgang mit der Bundeswehr, eine europäische Verteidigungs- und Militärpolitik.

Aber im Grunde spüren sie, dass die Probleme viel weitreichender sind: Dass sich der globale Kapitalismus neu konfiguriert, dass die Positionen Europas und Deutschlands darin sehr unsicher sind: „Es wird in den kommenden Jahren einen Wettstreit um Beziehungen, Abhängigkeiten, Bindungen, Kooperationen und Ausstrahlungen geben. Wir müssen uns für diesen Wettkampf aufstellen.“ so Klingbeil. Die Zeitenwende ist also nichts, was „über uns“ kommt, sie ist eine politische Entscheidung. Und sie wird wohl eher ein Alptraum als eine Verheißung werden, in der es weniger um eine Wende als um die Aufrechterhaltung unseres Status quo geht.

Bei Grünen-PolitikerInnen hört man immer öfter, dass in der Ukraine unsere Freiheit verteidigt wird. „Unsere“ Freiheit? Sie besteht darin, dass „wir“ Außenpolitik dafür machen, dass wir in Sicherheit, Frieden und Wohlstand leben können. Oder noch ehrlicher, dass es – in den Worten von US-Präsident Biden – darum geht, „Außenpolitik für die Mittelklasse“ zu machen. Die Zeitenwende scheint also alles in allem in erster Linie darin zu bestehen, dass unsere Partikularinteressen besonders bedroht sind. Denn wer würde bestreiten wollen, dass Unsicherheit, Krieg, Hunger, Armut und Gewalt nicht schon immer die Welt und auch Europa betroffen hatten? Aber nie alle.

Es geht nicht um eine besser Welt

Nein, in der Gestaltung der sog. Zeitenwende geht es nicht um eine bessere Welt, nicht um die Abwendung einer nie dagewesenen Bedrohung, nicht um das Leben und Überleben aller auf der Welt. Die Proklamation der Zeitenwende ist vielmehr ein Drohruf, hier im Herzen Europas, bzw. sogar noch enger gefasst, in der Bundesrepublik, alle Privilegien verlieren zu können, die wir hatten. Das ist die apokalyptische Seite dieser Zeitenwende. Ihre Verheißungsseite ist nicht viel erfreulicher: die Heilung aller Wunden wird im „Weiter so“ von Aufrüstung, Modernisierung, Digitalisierung und weiterer Naturausbeutung für nicht-fossile Rohstoffe bestehen. Hätten wir da etwas zu sagen als ChristInnen? Welche Vorstellungen von einer „Zeitenwende“ haben wir denn eigentlich?

Worauf wir gehofft hatten, worauf wir hoffen

Die Zeitenwende war im Christentum eigentlich immer das, worauf gehofft wurde. Die Wiederkunft Christi als dem Friedensfürst, als dem, der in alt- und neuzeitliche Prophezeiungen universale Gerechtigkeit und weltweiten Frieden bringen sollte. Unsere Hoffnung darauf ist zugleich auch immer ein Vorbehalt gegenüber dem, was gerade ist. Interessanterweise galt dieser Vorbehalt gegenüber irdischen Herrschaftsformen im Christentum eigentlich fast immer. Selbst dort, wo sich die Kirche wie im Feudalismus hinter die Herrschenden gestellt hatte, gab es diesen Vorbehalt: Dass das, was auf der Welt zur Zeit ist, nicht alles ist, nicht alles gewesen sein darf. Oder andersherum: dass jede Behauptung der Erfüllung der Zeit, der Verwirklichung der Menschenrechte, der Abwesenheit von Leid unter einem „Unzulänglichkeitsvorbehalt“ steht. Die Imperialisierung des Christentums, wie es der Theologie Urs Eigenmann nennt, ist nie total geworden, es gab immer einen Restbestand einer messianischen Hoffnung, die sich nicht mit der Identifikation des Gegebenen, des oder der Herrschenden zufriedengab. Es gab immer dieses „Fremd-Sein-in-der Welt“, das zugleich ein Bewußtsein davon hatte, dass diese Welt der einzige Ort ist, um den es zu kämpfen lohnt. Es geht darum, eine Distanz zu den Verhältnissen zu entwickeln, die ihre jeweilige Begrenztheit und Unzulänglichkeit sieht. Sie aber gerade nicht akzeptiert. Auch wenn man kein Christ ist: Der französische Philosoph Jean – Luc Nancy behauptet, dass auch die bloße Vernunft vor der Aufgabe steht, sich auf ihre Unbegrenztheit hin zu öffnen. Sich also nie mit dem vermeintlich Denkbaren, mit der sog. Wirklichkeit, mit den behaupteten politischen und historischen Sachzwängen zufrieden zu geben.

Im Neuen Testament heißt es: „Ich, Johannes, sah einen neuen Himmel und eine neue Erde; denn der erste Himmel und die erste Erde sind vergangen, auch das Meer ist nicht mehr. ... Er wird alle Tränen von ihren Augen abwischen: Der Tod wird nicht mehr sein, keine Trauer, keine Klage, keine Mühsal. Denn was früher war, ist vergangen, ... ich mache alles neu...“ (Joh-Offenbarung 21,4) In so einem Einwand gegen die gegenwärtige Zeitenwende artikuliert sich kein fundamentalistischer Einwand gegen die Welt, keine Verjenseitigung der Hoffnung. Ganz im Gegenteil. Das Festhalten an der Hoffnung auf eine messianische Zeitenwende, auf einen neuen Himmel und eine neue Erde ist vielleicht gerade die Bedingung dafür, dass uns die Erde nicht zur Hölle wird.

Vernunft

Und gleiches kann man wohl auch für die herrschende Vernunft sagen: „Eine Vernunft, die sich im Gegebenen verliert, verliert sich selbst. Johann Baptist Metz, Begründer der neuen politischen

Theologie formulierte es so: „An diesem von der zeitlosen Zeit gespeisten Lebensgefühl zerbrechen die großen Visionen, verflachen die großen Utopien immer mehr zu mittelfristigen Strategien, wie wir das im politischen Leben unserer Zeit quer durch die Blöcke beobachten können.“

Ich glaube, dass die größte Herausforderung für die Religionen unserer Zeit weniger darin besteht, ihre Friedfertigkeit nachzuweisen, dem Gerede von den Menschenrechten und dem damit verbundenen Gut-Böse oder Freund-Feind-Schema nachzuplappern. Ich glaube, es wäre unsere Aufgabe angesichts der ideologischen Aufladungen des Krieges, realistischer zu werden. Es geht immer noch um Interessen, um Machtverhältnisse. Es geht immer noch um imperiale Auseinandersetzungen, um die Mobilisierung und Instrumentalisierung von Menschen. Wir erleben nicht das Ende einer Friedensordnung, wie es der Chef der SPD meinte. Weder einer europäischen und schon gar nicht einer globalen. Wir erleben die Neukonfiguration eines globalen Kapitalismus, der uns weiß machen will, dass es um Menschenrechte geht. Wir erleben die Neukonfiguration eines Kapitalismus, der sich vor seinem fossilen Ende schützen will, in dem er weiter auf Wachstum, Profite und Ausbeutung durch andere Energien und andere Rohstoffe setzt. Wer an der Unbegrenztheit der Vernunft oder an der messianischen Hoffnung nicht festhalten will, der ist eigentlich unrealistisch; weil er glaubt, dass an solchen Hoffnungen Gewalt und Terror hängen, wie es die Postmoderne meinte. Der sollte sich im Klaren darüber sein, dass er dem gegenwärtigen Zynismus eines nackten Lebens das Wort führt.

Wo stehen wir?

Die Frage also ist, auf welcher Seite wir stehen. Wir stehen jedenfalls nicht auf der Seite irgendeines Nationalstaates, irgendeines „Volkes“, irgendeiner Regierung. Wir glauben, dass es jetzt unsere Aufgabe ist, uns auf die Seite all derer zu stellen, die sich egal, ob in Belarus, in der Ukraine oder in Russland, in Deutschland oder sonst wo der militärischen Logik entgegenstellen. Gefragt ist Antimilitarismus, gefragt ist „Krieg dem Krieg“. Oder mit Wolfgang Borchert: „Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ Alles andere ist u.E. Naivität gegenüber der Weltgeschichte. Deshalb sollten wir schleunigst anfangen, uns der immer noch weitergehenden Eskalation dieses Krieges entgegenzustellen, alles tun, damit bald wieder geredet und nicht weiter geschossen und gestorben wird. Die Unterbrechung der Gewaltverhältnisse ist die eigentliche Aufgabe der Politik und historische Herausforderung. Ich denke, darin werden mir meine lateinamerikanische und südafrikanische Kollegin Recht geben.